

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig und der Stadträte zu Großschönau und Zwenkau bestellte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pegau und Taucha

Bezugspreis: mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bruttoabgabe 2.—, für Selbstabholer 1.00 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bekleid. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfach:** Leipziger Buchdruckerei N. S., Leipzig Str. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 **Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig **Telefon** 72208. — **Beratung in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 72208

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonetzelle 35 Pfg., bei Vorkauf 40 Pfg. **Familiennachrichten** von Privatpersonen mit 50% Nachsch. **Stellenangebote** 10gep. Kolonetzelle 25 Pfg. **Reklamezelle** 2 Mk. **Inserate** von auswärtig: die 10gepalt. Kolonetzelle 40 Pfg., bei Vorkauf 50 Pfg., **Reklamezelle** 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Wohnanstalten entgegen

Noch kein Ergebnis in Berlin

Neue Vollmachten für den Kanzler? — Erhöhung des Diskontsatzes in den Vereinigten Staaten

Schwierigkeiten Dr. Brünnings

Schleppender Gang der Verhandlungen

SPD. Brünnings Verhandlungen zur Neubildung der Regierung standen bisher unter keinem günstigen Stern. Er ist vorläufig kaum vom Fleck gekommen.

Am Donnerstag nahm Brüning mit dem volksparteilichen Industriellen Wägler und dem früheren Vorsitzenden der Volkspartei, Scholz, Führung wegen der Übernahme des Wirtschaftsministeriums bzw. des Justizministeriums. Wägler und Scholz lehnten ab, nachdem sich zuvor auch der Generaldirektor der IG Farben, Schmidt, endgültig für desistiert erklärt hatte. Schmidt drückt an sich die Politik und die Absichten Brünnings, glaubt aber als Generaldirektor der IG Farben im Sinne dieser Politik mehr tun zu können als es in seiner Eigenschaft als Minister möglich wäre. Auch der frühere Reichswehrminister, Dr. Gessler, der von Brüning als Innenminister in Aussicht genommen war, äußerte Bedenken gesundheitslicher und politischer Natur. Es scheint, daß er andere Ziele verfolgt, daß er sich mehr dafür interessiert, linker Flügelmann in einem Reichstagskabinett als rechter Flügelmann in einer Regierung Brüning zu werden. Abgesehen davon bestehen innerhalb der Sozialdemokratie gegen eine Ministerkandidatur des Herrn Gessler außerordentlich starke und kaum überwindbare Bedenken.

Der Essener Oberbürgermeister und frühere Staatssekretär in der Reichskanzlei, Dr. Bracht, der vom Reichskanzler nach Gessler empfangen wurde, zeigte ebenfalls keine Neigung, in die zweite Regierung Brüning als Innenminister einzutreten. Allem Anschein nach denkt man neuerdings daran,

Treviranus das Innenministerium anzuvertrauen. In diesem Falle bliebe noch die Besetzung des Verkehrsministeriums zu regeln. Das auswärtige Amt übernimmt Brüning selbst. Für das Wirtschaftsministerium hat Professor Warmbold bereits am Mittwoch eine endgültige Zusage erteilt. Er ist bisher der einzige neue Mann der zweiten Regierung Brüning.

Am Donnerstagabend erstattete der Reichskanzler dem Reichspräsidenten Bericht über den Stand seiner Verhandlungen. Der Reichskanzler dürfte bei dieser Gelegenheit auch die bisherige Haltung der Volkspartei zur Sprache gebracht und den Reichspräsidenten auf die Konsequenzen dieser Haltung im Parlament aufmerksam gemacht haben. Wenn sich der Reichspräsident trotz des schwierigen Ganges der Verhandlungen und trotz der Möglichkeit, daß Brüning im Reichstag in der Minderheit bleibt, mit der Fort-

führung seiner Besprechungen zur Neubildung des Kabinetts einverstanden erklärt hat, so ist daraus zu schließen, daß er zugleich bereit ist,

dem Reichskanzler für den Fall des Sturzes der Regierung eventuelle Vollmachten zu erteilen. Soviel scheint jedenfalls bereits jetzt sicher, daß der Reichstag aufgelöst wird, wenn Brüning Mitte der nächsten Woche kürzen sollte.

Der Schlüssel zur Situation liegt zunächst bei der Deutschen Volkspartei. Wie es heißt, sind bereits 8 Abgeordnete entschlossen, die Schwankung des Herrn Dingeldey zu Hugenberg und Hitler mitzumachen.

Schwere Reise in der Volkspartei

SPD. Berlin, 9. Oktober. Der Reichskanzler hofft, die Ministerliste seines zweiten Kabinetts im Laufe des Tages fertigstellen zu können. Als Reichsminister des Innern kommt außer Treviranus auch noch der Essener Oberbürgermeister Dr. Bracht in Frage. Wegen der Übernahme des Verkehrsministeriums wird der Reichskanzler heute vormittag nachsichtbar mit drei Persönlichkeiten der Wirtschaft verhandeln.

Unterdessen scheint es in der Volkspartei drunter und drüber zu gehen. Mehrere volksparteiliche Abgeordnete wie Seest, Hinzmann, Schmidt und v. Gilla wollen angetreten an der Tagung der „nationalen Opposition“ in Harzburg teilnehmen, während andere schon jetzt mit Rebellion gegen Dingeldey drohen sollen. Die Leitung der Volkspartei hat bisher vergeblich versucht, die Abtrünnigen von dem Besuch der Harzburger Tagung abzuhalten. Angesichts dieser Gegenläufe spricht man in politischen Kreisen ernsthaft von der Möglichkeit einer Spaltung der Volkspartei.

Fraktionsführung am Montag

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nahm am Donnerstagabend einen Bericht des geschäftsführenden Vorsitzenden Dr. Brellscheid über die politische Lage entgegen. Er beschloß, die Fraktion für Montag, 15 Uhr, einzuberufen.

Die Situation in England

Wahlkampf gegen die Arbeiterpartei

Das englische Unterhaus ist aufgelöst worden. Die Wahlen vom Mai 1929, aus denen es hervorging, brachten der Arbeiterpartei eine beträchtliche Steigerung ihrer Stimmzahlen und ihrer Mandate. Sie zog zwar nicht als Mehrheit in das neue Parlament ein, aber ihr Führer wurde vom König mit der Regierungsbildung beauftragt, da sie die einzige Siegerin im Wahlkampf geblieben war. Die Arbeiterregierung wurde gebildet. Es schien vielen, als habe damit die englische Arbeiterklasse einen entscheidenden Schritt zur politischen Macht getan. Vielleicht schon bei der nächsten Wahl, so wagten manche zu hoffen, würde die Arbeiterpartei auf rein demokratischem Wege die Mehrheit des Volkes für ihre Forderungen und Ziele gewinnen und dann mit parlamentarischen Mitteln durchzuführen können. Diese nächsten Wahlen finden am 27. Oktober statt.

Die Tätigkeit der zweiten Minderheitsregierung der Arbeiterpartei fällt in eine Zeit, in der sich die Auswirkungen der durch den Krieg beschleunigten Wandlungen in der Weltwirtschaft zu Ungunsten Englands in aller Schärfe durchsetzen. Die Arbeiterpartei fand diesen ersten Krisenerfahrungen und ihren Folgen nicht ratlos gegenüber, aber sie kam nicht dazu, wirklich durchgreifende Maßnahmen zur Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaft durchzuführen. Die kapitalistische Klasse und ihre Vertreter im Parlament, die Konservativen und Liberalen, ließen eine Lösung, die gegen den Fortbestand des Kapitalismus gerichtet sein mußte, nicht zu. Das Kabinett Macdonald-Henderson konnte wohl den Opfern der Arbeitslosigkeit helfen, aber es konnte nichts gegen die Krise selbst und gegen ihre weitere ungeheuerliche Ausdehnung tun. Aber auch ein genügender Schutz der Krisenopfer ist der Bourgeoisie unangenehm. Ist doch eine einigermaßen ausreichende Erwerbslosenunterstützung gleichzeitig ein gewisser Schutz gegen Lohnabbau. Die englischen Konservativen sehnten seit langem schon den Augenblick herbei, an dem sie die soziale Politik der Arbeiterregierung durchkreuzen konnten.

Im Sommer dieses Jahres war es so weit. Das Finanzkapital diktierte in völlig eindeutiger Weise der Arbeiterregierung seine Bedingungen. Alle „demokratische Tradition“ hinderte es nicht daran, zur Sanierung der Staatsfinanzen von der Arbeiterregierung Maßnahmen zu verlangen, die nicht nur völlig dem Programm widersprachen, mit dem die an der Regierung befindliche Partei ihren letzten Wahlsieg errungen hatte, sondern die darüber hinaus unzweifelhaft mit den Interessen der Mehrheit des englischen Volkes in Widerspruch standen. Die Finanzbourgeoisie genierte sich nicht, die Arbeiterregierung im Auslande als eine Gefahr zu denunzieren und eine Verschärfung der Finanzkrise für den Fall anzudrohen, daß ihren Forderungen nicht entsprochen würde.

Die Arbeiterregierung fiel. Ihr Führer, Macdonald, mit etwa einem Duzend weiterer Arbeiterabgeordneter beugte sich dem kapitalistischen Diktat und sie schlugen sich auf die Seite der Bourgeoisie. Eine neue Regierung Macdonald kam, an der die Arbeiterpartei gänzlich unbeteiligt war und in der die wenigen Ueberläufer aus ihren Reihen keinen politischen Einfluß ausüben konnten. Macdonald blieb zwar Ministerpräsident, aber er war nichts anderes als der vorgeschobene Mann der Konservativen. Er hat damals seine Trennung von der Arbeiterpartei entschuldigen und beschönigen wollen, er hat erklärt, daß er in der Stunde der Gefahr die Nation über die Partei stelle, und daß er, sobald die besondere Aufgabe seiner neuen Regierung erfüllt sei, mit dem Kabinett zurücktreten und er selbst aus der Politik ausscheiden wolle. Aber nachdem er sich einmal von der Partei, die er jahrzehntelang führte, losgelöst hat, gibt es kein Halten mehr. Macdonald, seit sechs Wochen Ministerpräsident einer Regierung, die die Sanierung mit Kampfmaßnahmen gegen die Arbeiterpartei betreibt, zieht jetzt als Manager einer Koalition in den Kampf, die der Arbeiterpartei eine entscheidende Niederlage beibringen gedenkt. Und er selbst ist Kandidat gegen die Arbeiterpartei.

Diese Neuwahlen sind von den Konservativen erzwungen worden. Die offizielle Leitung der Liberalen Partei und die Arbeiterpartei haben sich gegen sie ausgesprochen. Der Ministerpräsident hat sich den Konservativen gebeugt. Die Konservativen wollen Klarheit haben. Klarheit heißt für sie eine feste Mehrheit, mit der sie ihre Schutzpläne und an-

Französisch-amerikanische Besprechung

„Konsolidierung der Welt“

SPD Paris, 8. Oktober.

Der Untergouverneur der Bank von Frankreich, Garnier, und der Leiter der wissenschaftlichen Abteilung der Bank, Lacour-Gayet, haben sich am Donnerstag in De Havre nach New York eingeschifft, um dort mit dem Leiter der Federal Reserve Bank über die internationale Finanzlage zu beraten. Diese Besprechungen sollen die Aussprache Laval mit Hoover vorbereiten.

Der amerikanische Botschafter Edge wies am Donnerstag in einer Rede auf die Bedeutung der Amerika-Reise Laval hin. Er erklärte u. a.: „Wir befinden uns am Vorabend einer entscheidenden Wendung in den französisch-amerikanischen Beziehungen. Die Begegnung Laval mit Hoover wird es erlauben, die Basis einer Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich zu finden, einer Verständigung, die sich auf Reaktionen stützen muß und deren späterer Zweck die Konsolidierung der Welt sein wird. Wir dürfen nicht hoffen, sofort Wunder vorzubringen zu können, aber wir dürfen andererseits nicht zu wenig von der Begegnung erwarten und können der lokalen und freundschaftlichen Aussprache über die Probleme, die unsere beiden Republiken betreffen, nicht genug Bedeutung beimessen. Sie wird das Vertrauen wiederherstellen und solide Grundlagen für die allgemeine Wiederaufrichtung legen. Wenn es uns gelingen ist, die politischen Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen, dann müssen wir bereit sein, den Weg für eine greifbare und fruchtbare Verständigung zu öffnen.“

Die Reparationsfrage

WTB Washington, 8. Oktober.

Staatssekretär Stimson teilte in der heutigen Presskonferenz mit, daß die französische Regierung diesmal von den Schritten, die Hoover in der Reparationsfrage vorhat, vor der Bekanntgabe informiert worden sei. Er habe am Dienstag, sobald er in der Kabinettsitzung von Hoovers Plänen erfuhr, den Washingtoner französischen Geschäftsträger davon in Kenntnis gesetzt und auch den amerikanischen Botschafter in Paris, Edge, telefonisch angewiesen, Laval zu benachrichtigen, daß Hoover mit dem französischen Ministerpräsidenten bei dessen Besuch in Amerika die internationale Schuldenfrage besprechen möchte. Edge habe gemeldet, daß Laval sich sowohl mit der Form der Benachrichtigung, wie mit der Tatsache einer Diskussion über die Schuldenfrage vollkommen einverstanden erklärt habe. „Washington Herald“ behauptet, daß die Bankiers, mit denen Präsident Hoover in der letzten Woche konferiert hatte, sich mit der Schaffung eines Konfortiums mit einem Kapital von 500 Millionen Dollar unter der Bedingung einverstanden erklärt hätten, daß Hoover durch einen neuen Schritt in der Reparationsfrage zur Entspannung der internationalen Kreditlage beitrage. Dagegen habe sich in der Konferenz im Weißen Hause bei einigen Parlamentariern Widerstand erhoben. Hoover hoffe jedoch, nach der Konferenz mit Laval auch die Zustimmung der Kongressführer zu seinem neuen Plan erhalten zu können.